

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Siegfried Lorek CDU**

### **Alters- und Personenfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA)**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele UMA werden landesweit betreut (Stand April 2018, aufgeschlüsselt nach Stadt- bzw. Landkreisen und Herkunftsstaaten)?
2. Wie viele Altersgutachten wurden bei UMA auf wessen Veranlassung in Auftrag gegeben (getrennt aufgeschlüsselt nach Stadt- bzw. Landkreisen, unterteilt nach Jugendamt und Ausländeramt, UMA nach Herkunftsstaaten)?
3. Bei wie vielen Altersgutachten konnte das angegebene Alter bestätigt werden und welches tatsächliche Alter wurde bei Abweichungen festgestellt (aufgeschlüsselt nach Stadt- bzw. Landkreisen und Herkunftsstaaten)?
4. Bei wie vielen UMA ist ein Personenfeststellungsverfahren (PFV) eingeleitet worden (aufgeschlüsselt nach Stadt- bzw. Landkreisen und Herkunftsstaaten)?
5. Welche Konsequenzen werden aus der medialen Berichterstattung zu den UMA in Mannheim und deren bewusster Falschangabe hinsichtlich ihres Alters gezogen?
6. Welche Behörde hat die Alterseinstufung der jetzt überprüften 17 Personen in Mannheim nach welchem Verfahren vorgenommen?
7. Welcher finanzielle Schaden ist durch die Betreuung der vermeintlichen UMA und jetzt nachweislich erwachsenen Personen entstanden?

13.04.2018

Lorek CDU

#### **Begründung**

Die Stuttgarter Nachrichten berichteten am 13. April 2018 über den Verlauf der Personenfeststellungsverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Mannheim. Die Verfahren legten offen, dass alle 17 bisher überprüften Personen ihr Alter falsch angegeben haben. Die Kleine Anfrage soll die weitere Planung zur Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Erfahrung bringen und aufdecken, inwiefern durch Falschangaben finanzieller Schaden entstanden ist.